

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schwelm · Oehder Weg 9 · 58332 Schwelm

Bürgermeister
Stephan Langhard
Hauptstr.14

58332 Schwelm

Fraktionsvorsitzender
Marcel Gießwein

Stellv. Fraktionsvorsitzende
Sabine Kummer-Dörner

Oehder Weg 9, 58332 Schwelm
Tel.: +49 (2336) 5900
info@gruene-schwelm.de

Schwelm, 01. Juni 2021

Antrag: „Schwelm ist sicherer Hafen für geflüchtete Menschen“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Langhard,

die Ratsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Schwelm stellt zur Beratung im Hauptausschuss am 24.06.2021 und im Rat am 01.07.2021 folgenden Antrag:

Der Hauptausschuss und der Rat mögen beschließen:

1. Der Rat der Stadt Schwelm unterstützt wie zahlreiche andere Städte die Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“ und erklärt sich offiziell zum sicheren Hafen für geflüchtete Menschen.
2. Der Rat stellt fest, dass die Stadt Schwelm bereit ist, geflüchtete Menschen, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind, zusätzlich zur Verteilquote aufzunehmen. Die Verwaltung wird diese Bereitschaft der Bundesregierung mitteilen und anbieten. Die Verwaltung wird dabei gegenüber der Bundes- und Landesregierung klarstellen, dass diese Bereitschaft mit der Erwartung verbunden ist, endlich für eine transparente und gerechte Verteilung aller Geflüchteter auf die Kommunen Sorge zu tragen.
3. Der Rat appelliert an die Bundes- und Landesregierung, sich verstärkt für die Bekämpfung von Fluchtursachen und für eine humane europäische Flüchtlingspolitik einzusetzen sowie der Kriminalisierung von Seenotretter*innen entgegenzutreten.
4. Die Bundesregierung und der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat werden aufgefordert, die Angebote der Kommunen für direkte Hilfen, endlich anzunehmen und die aufnahmewilligen Kommunen zu unterstützen.
5. Die Verwaltung wird den Austausch mit dem Ennepe-Ruhr-Kreis und den anderen Städten im Kreis, die bereits „Sicherer Hafen“ sind aufnehmen und vorantreiben.

Begründung:

Der Rat der Stadt Schwelm erklärt sich solidarisch mit der Initiative Seebrücke, der zivilen Notfallrettung auf dem Mittelmeer und den Kommunen, die Menschen bei sich aufnehmen, die bei ihrer Flucht über das Mittelmeer in Seenot geraten sind und um Leib und Leben fürchten müssen. Gemeinsam mit den vielen anderen Gemeinden, Städten und Kreisen, setzen diese Kommunen ein Zeichen der Solidarität mit den in Not befindlichen Menschen. Verschiedene Vorkommnisse im Zusammenhang mit den Missionen ziviler Seenotrettungsschiffe haben gezeigt, wie dringend erforderlich es ist, dass sich Städte bereit erklären Flüchtlinge auch über



festgelegte Quoten hinaus aufzunehmen. Da eine europäische Lösung des Problems nicht unmittelbar in Sicht ist, kann Vergleichbares jederzeit wieder passieren. Bis dahin muss die Bundesregierung auf die Bereitschaft der Städte bauen können, wenn sie gemeinsam mit einzelnen anderen Staaten für die Rettung und Unterbringung Geflüchteter sorgen will.

Mit freundlichem Gruß

Marcel Gießwein
(Fraktionsvorsitzender)